

Ländle-Wirtschaft lobt das FPÖ-Wirtschaftsprogramm

Auf positive Resonanz stieß das Wirtschaftsprogramm der FPÖ in Vorarlberg. Für FPÖ-Landesobmann Reinhard Bösch ist das ein Zeichen der Anerkennung der Themenführerschaft der FPÖ in Wirtschaftsfragen: „Das Land und die Menschen wollen ein Ende der rot-schwarzen Stillstandspolitik!“

S. 13



Foto: FPÖ Vorarlberg

Stolpert Kurz über Willkommenspolitik?

Geschönte Asylkosten und illegale Imam-Schule kratzen am Image des ÖVP-Chefs S. 2/3



Faires Sozialsystem statt „all-inclusive“ für jeden!

FPÖ-Vorschläge zu einem effizienten Sozialsystem für die Österreicher – S. 4/5

PARLAMENT

Roter „Gratis-Schmäh“

Nach der „Gratis-Zahnspanne“ ihres Vorgängers Alois Stöger im Wahlkampf 2013 wirbt nun SPÖ-Gesundheitsministerin Pamela Rendi-Wagner mit der „Gratis-Mundhygiene“ für Kinder. Für die FPÖ eine teure Drohung für Österreichs Eltern. S. 6

AUSSENPOLITIK

Einladungspolitik

Die Achse Berlin-Paris droht der EU eine weitere Massenzuwanderung an. Das Ergebnis des exklusiven „Pariser Gipfels“ zur „Flüchtlingspolitik“ wird Europas Steuerzahler teuer zu stehen kommen und die Masseneinwanderung weiter anheizen. S. 8/9

WIEN

Neuwahl nach Rückzug

SPÖ-Bürgermeister Michael Häupl hat für Anfang 2018 seinen Rückzug vom Amt angekündigt. FPÖ-Landesobmann HC Strache und FPÖ-Vizebürgermeister Johann Gudenus fordern Neuwahlen anstelle des „roten Bürgermeister-austauschs“. S. 11

MEDIEN

ÖVP auf Hochglanz

Das vom Landwirtschaftsministerium publizierte Hochglanzmagazin „Landreport“ entpuppt sich in seiner jüngsten Ausgabe als reine ÖVP-Broschüre. Und das Magazin wird auch noch vom Verlag des Niederösterreichischen Bauernbundes produziert. S. 14



AUS DER
REDAKTION

Andreas Ruttinger
andreas.ruttinger@fpoe.at

Seit dem ORF-„Sommergespräch“ mit Sebastian Kurz ist wohl jedem klar, weshalb er die Österreicher auf sein Wahlprogramm warten ließ: Er hat keines, sondern kopiert Teile aus dem Wirtschaftsprogramm der FPÖ!

Den Journalisten fällt es kaum auf, oder sie blenden es einfach aus. Als HC Strache vor einer Woche ein über Einsparungen finanziertes Entlastungsprogramm von 12 bis 15 Milliarden Euro versprochen hat, kritisierten die Medien dies als „unverantwortlich“ und „unseriös“.

Angstwählen?

Jetzt hat Kurz angekündigt, Entlastungen mit Einsparungen in Höhe von 12 bis 13 Milliarden zu finanzieren, und die Journalisten liegen ihm zu Füßen.

Diese Haltung der Medien erinnert frappant an die Wien-Wahl 2015, als es einen Bürgermeister HC Strache zu verhindern galt. Plötzlich war der wankende SPÖ-Chef Michael Häupl trotz aller rot-grünen Skandale die letzte Hoffnung der Medien und des bürgerlichen Lagers.

Ähnlich bauschen sie jetzt Sebastian Kurz zum Retter vor einer blauen Machtübernahme auf. Sie fürchten um das „Ansehen“ Österreichs in der Welt mit einem blauen Kanzler und versuchen, Kurz' bisheriges Versagen bei der Integration und seine Mithilfe bei der Masseneinwanderung 2015 vergessen zu machen.

An den rot-grünen Folgen dieses „Angstwählens“ leiden die Wiener bitter. Das sollten sich die von der ÖVP enttäuschten, aber jetzt von Kurz entzückten, bürgerlichen Wähler vor Augen halten: Ohne die FPÖ ändert sich in diesem Land gar nichts!

ÖVP-Murks bei Asylkosten

Asylkosten 2017 um 300 Millionen Euro zu niedrig veranschlagt, und Islam

Die neue ÖVP von Sebastian Kurz hat noch kein Programm, die alte ÖVP mit Integrationsminister Kurz und Finanzminister Hans Jörg Schelling arbeitete sogar ohne Programm. Das enthüllten jetzt der Budgetdienst des Parlaments zu den Asylkosten und türkische Medien zur Unwirksamkeit des Islamgesetzes.

Die Pannenserie im SPÖ-Wahlkampf scheint jetzt auch den Koalitionspartner ÖVP einzuholen. Denn der Bericht des Budgetdienstes des Parlaments zu den grob unterschätzten Asylkosten im Budgetvoranschlag 2017 und Meldungen türkischer Zeitungen über die illegale Imam-Ausbildung in Österreich werfen ein bezeichnendes Licht auf ÖVP-Finanzminister Schelling und ein noch peinlicheres auf das Islam-Gesetz des Integrationsministers Kurz.

300 Millionen Euro übersehen

Im Oktober 2016 hatte der FPÖ-Budgetsprecher Roman Haider angesichts der optimistischen Zahlen des Finanzministers eine Anfrage an den Budgetdienst des Parlaments gerichtet. Nach zehnonatiger Wühlarbeit durch den Zahlenschungel kam dieser zum Ergebnis, dass die Asylkosten mit insgesamt knapp mehr als zwei Milliarden Euro um 300 Millionen Euro zu niedrig budgetiert wurden.

Grund für die Diskrepanz sind einige Positionen, die von Schellings Ressort nicht eigens ausgewiesen werden: Dazu zählen beispielsweise Ausgaben für den Assistenzeinsatz des Bundesheeres und Verfahrenskosten, vor allem

am Bundesverwaltungsgericht und der enorme Anstieg der Mindestsicherungskosten.

Der größte Posten ist die Familienbeihilfe, die den Asylberechtigten zusteht und im Vorjahr 70,9 Millionen Euro ausmachte. Diese dürfte deutlich steigen, da zahlreiche Asylverfahren nach der Migrationswelle 2015 noch immer nicht abgewickelt sind. Eine ebensolche Kostendynamik weist die Mindestsicherung auf. Heuer werden für Flüchtlinge 434 Millionen Euro aufgewendet, mehr als doppelt so viel wie 2015. Zuletzt bezogen 18.000 oder 63,6 Prozent der beim Arbeitsmarktservice gemeldeten Asylberechtigten eine Mindestsicherung. Laut Fiskalrat wird sich der Budgetposten im kommenden Jahr erneut verdoppeln, auf dann 900 Millionen Euro.

Asylbehörden überfordert

Massive Kostensteigerungen gibt es auch bei Behörden und Gerichten. Das Budget des Bundesamtes für Fremdenrecht und Asyl für 2017 war mit 96,4 Millionen Euro mehr als doppelt so hoch wie 2014. Beim Bundesverwaltungsgericht, das Berufungen gegen negative Asylbescheide behandeln muss, hat sich die Aktenzahl ge-



Die Folgen der „Willkommenspolitik“ d an Kurz' ein. Er hat diese nicht nur mit

gegenüber 2014 fast versechsfacht. Zur Erinnerung: Die ÖVP mit Sebastian Kurz hat diese „Willkommenspolitik“ mit der SPÖ beschlossen und mitgetragen.

Eine „Watschn“ setzte es dieser Tage für Kurz auch in Sachen Islamgesetz. Die erst jüngst entdeckten – und noch immer nicht geschlossenen – Imam-Hatip-Schulen in Wien und Linz sind seit 2014 beim türkischen Bildungsministerium registriert. In beiden zusammen sind insgesamt 367 Schüler angemeldet, womit sie nach der Imam-Hatip-Schule im



SPITZE FEDER Und Kurz kopiert schon wieder.

IMPRESSUM Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) –
Die Freiheitlichen, Bundesparteileitung,
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;
Freiheitlicher Parlamentsklub,
Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien

Geschäftsführung: Herbert Kickl
Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9

E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at
E-Mail Verwaltung: jana.feilmayr@fpoe.at
Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29

Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereigesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien

Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80;
Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.);
Auslandsjahresbezug: € 73
BIC: OPSKATWW
IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.
Verlags- und Herstellungsort: Wien

Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

und Integration

misten dürfen Imam-Schulen betreiben

www.integration.at



er alten rot-schwarzen Koalition holen jetzt auch die „neue ÖVP“ Sebastian Kurz, sondern auch ein völlig wirkungsloses Islamgesetz vorgelegt.

belgischen Mons zu den meistbesuchten Imam-Schulen in der Europäischen Union zählen!

Islamistische Schulbetreiber

Beide Schulen werden von der Milli-Görüs-Bewegung betrieben, die dabei als „Islamische Föderation“ auftritt. Milli Görüs ist laut deutschem Verfassungsdienst islamzentriert, antidemokratisch und antiwestlich – also islamistisch – ausgerichtet. In der Türkei sind die Imam-Hatip-Schulen als Berufsfachgymnasien mit religiösem Schwerpunkt registriert.

Das Islam-Gesetz des Herrn Kurz gestattet es, dass staatsfeindliche Gruppierungen in Österreich Imam-Schulen betreiben dürfen.

In der Causa hat sich auch die Islamische Glaubensgemeinschaft (IGGÖ) gehörig blamiert. Deren Präsident Ibrahim Olgun hatte nach dem Auffliegen der islamistischen Lehrinhalte erklärt, dass nicht der Staat, sondern die IGGÖ die Schulen überprüfen sollte, da die Ausbildung von Imamen zu den inneren Angelegenheiten der Religionsgemeinschaft gehöre. Weshalb hat dann die IGGÖ nicht geprüft?

KURZ UND BÜNDIG



Qualitätsoffensive? Zu spät!

5.000 Pädagogen mehr sollen in den kommenden drei bis vier Jahren an rund 520 Schulstandorten mit sozial benachteiligten Schülern tätig werden, gab SPÖ-Bildungsministerin Sonja Hammerschmid als „Qualitätsoffensive für Schulen“ bekannt. „Dass man jetzt Brennpunktschulen vermehrt fördern will, ist zwar lobenswert, aber auch augenscheinlich, dass die Probleme im Ministerium trotz unserer Warnungen jahrelang zur Seite geschoben wurden“, reagierte darauf FPÖ-Bildungssprecher Wendelin Mölzer (Bild).

Erneute Nagelprobe für Kurz

„ÖVP-Obmann Kurz hat angekündigt, die 2016 eingeführte Erhöhung der Mehrwertsteuer für Nächtigungen von 10 auf 13 Prozent rückgängig machen zu wollen“, wunderte sich FPÖ-Tourismussprecher Gerald Hauser (Bild). Denn Kurz habe die Erhöhung in der Bundesregierung mitbeschlossen, und jetzt die Abschaffung zu fordern, sei jedenfalls nicht glaubwürdig. Deshalb werde die FPÖ erneut einen Antrag auf Rücknahme der Erhöhung der Mehrwertsteuer für Nächtigungen im Nationalrat einbringen.



Kritik an AMA-Kinderbuch

Ein Buch der Agrarmarkt Austria (AMA), das Kinder über die Produktion von Fleisch aufklären soll, verharmlose die Fleischproduktion und im Speziellen die Tier-Schlachtungen, beklagten Tierschützer und schlugen Alarm. Kritik dazu gab es auch von FPÖ-Tierschutzsprecher Josef Riemer (Bild), der in Bezug auf Kosten und Auftraggeber des Buches eine parlamentarische Anfrage an das zuständige Ministerium richten werde. „Dass Tiere vor dem Gesetz immer noch als Sachen und nicht als Lebewesen gelten, ist ein Mißstand, der dringend geändert werden muss“, erklärte der FPÖ-Tierschutzsprecher.



AUFSTEIGER ↗



FPÖ-Bundesparteiobmann **HC Strache**, der den Wählern mit dem FPÖ-Wirtschaftsprogramm klar dargelegt hat, mit welchen Reformen er Österreich vom rot-schwarzen Pannestreifen weg und auf die Überholspur bringen will.

ABSTEIGER ↘



Der „Liste Kurz – Die neue ÖVP“-Chef **Sebastian Kurz**, der sechs Wochen vor der Wahl noch immer kein Konzept vorlegen kann. Außer, dass es keine Verwaltungsreform geben wird, um seine Alt-ÖVP-Landesfürsten nicht zu verärgern.



BILD DER WOCHE Vage Ankündigungen und Herumgerede: Sebastian Kurz' enttäuschender Auftritt beim ORF-„Sommergespräch“.

Sozialleistungen für jene, die sie wirklich benötigen

Die FPÖ will in der Sozialpolitik weg von der rot-schwarzen Umverteilungspolitik, erklärt FPÖ-Generalsekretär und Sozialsprecher Herbert Kickl im NFZ-Interview: „Eine faire Steuer- und Wirtschaftspolitik, damit das Einkommen auch zum Auskommen langt!“

Herr Generalsekretär Kickl, präsentiert sich die FPÖ mit ihrem Wahlprogramm „als Schutzmacht der Reichen, Privilegierten und Konzerne“, wie es die SPÖ hinaustrommelt?

Kickl: Diesen Ausfall des übriggebliebenen SPÖ-Kampagnenleiters Georg Niedermühlbichler dürfen die Österreicher getrost in der Kategorie Panikreaktion ablegen. Denn er muss sich schon die Frage gefallen lassen: Wieso hat die SPÖ von all den Versprechungen ihres Kanzlers in seinem Wahlprogramm in den letzten elf Jahren ge-

nau das Gegenteil umgesetzt? Etwa die enorme Steuerlast auf Arbeitseinkommen, de-facto-Pensionskürzungen oder Massenarbeitslosigkeit durch unkontrollierte Einwanderung. Das alles hat die SPÖ in Kooperation mit der nun ebenfalls von Amnesie befallenen ÖVP im Parlament beschlossen.

Ein Wirtschaftsprogramm als Wahlprogramm: Wie erklärt das der Sozialsprecher der FPÖ?

Kickl: „Die beste Sozialpolitik ist eine gesunde Wirtschaftspolitik, die möglichst vielen Arbeit und Brot gibt“, hat schon Konrad Adenauer gesagt. Genau das wollen wir erreichen. Die Österreicher sollen mit ihrem Arbeitseinkommen wieder ein Auskommen finden. In unsere Sozialpolitik spielen auch Steuer- und Wirtschaftspolitik hinein. Für uns ist Sozialpolitik kein Umverteilungsprojekt, wo man allen etwas wegnimmt und dann einen Bruchteil davon zurückgibt. Wir wollen mit einer fairen Steuer- und Wirtschaftspolitik weg von dieser staatlichen Rundumversorgung- und Bevormundungspolitik.

Aber sozialpolitische Maßnahmen wird es dennoch geben?

„Wir wollen weg von dieser staatlichen Rundumversorgungspolitik.“

Kickl: Natürlich. Aber wir müssen von diesem Gießkannen-Prinzip – ein bisschen was für alle – weg, um denen helfen zu können, die es wirklich nötig haben. Dazu bekennen wir uns als soziale Heimatpartei. Dazu müssen wir das System, vor allem in der Verwaltung, effektiver gestalten. Unsere Forderung nach einer Zusammenlegung der Sozialversicherungen hat jetzt eine Studie der London School of Economics dem SPÖ-Sozialminister Alois Stöger bestätigt. Bis vor wenigen Tagen hat er das alles noch brüsk zurückgewiesen.

Ein großes Problem ist die Explosion der Mindestsicherungskosten...

Kickl: ...die aber voll und ganz von SPÖ und ÖVP verursacht wurden. Zum einen durch die Ausgestaltung der Mindestsicherung und zum anderen natürlich durch die von ihnen genehmigte Masseneinwanderung von Ingenieuren, Ärzten und Wissenschaftlern aus Afghanistan, Irak, Syrien und halb Afrika. Hier ist dringender Reparaturbedarf, den Christian Kern und Sebastian Kurz aber bisher leugnen, genauso wie den zur EU-Arbeitsmarktöffnung. Damit haben die beiden das von den Österreichern finanzierte Sozialsystem für Migranten aus aller Herren Länder geöffnet. Damit muss Schluss sein!



Thema der Woche

Das Ziel der FPÖ: Ein faires, leistungsförderndes Sozialsystem für die Österreicher.

Mehr Treffsicherheit

Die durch Fehlentwicklungen verursachte Kosten

Schluss mit den rot-schwarzen „Rasenmäherreformen“ und den Leistungskürzungen für die Österreicher. Die FPÖ präsentiert ehrliche und nachhaltig wirksame Reformen zu einem „fairen und leistungsfördernden Sozialstaat“ in ihrem Wirtschaftsprogramm. Nur so kann das Sozialsystem für zukünftige Generationen gesichert werden.

Von den Gesamtausgaben des Staates in Höhe von 178,5 Milliarden Euro des Jahres 2016 entfielen bereits 76,3 Milliarden auf soziale Sicherung und 28 Milliarden auf Gesundheit. In Summe sind dies 104,3 Milliarden oder 58,6 Prozent der Gesamtausgaben im Jahr 2016. Zum Vergleich: Für die gesamte Bildung unserer Kinder, von der Volksschule bis hin zu den Universitäten und Hochschulen, sowie für die gesamte angewandte Forschung – also die Zukunftsinvestitionen – wurden hingegen nur 23 Milliarden Euro bereitgestellt.

Einwanderung ins Sozialsystem

Die Kostensteigerung im Sozialsystem – Stichwort „Bedarfsorientierte Mindestsicherung“ – geht auf Kosten von Fehlentwicklungen. Ein Drittel der Mindestsicherungsbezieher in Gesamt-Österreich sind keine EU-Bürger, und die Hälfte der ausländischen Bezieher beanspruchen zusätzlich auch noch die Notstandshilfe.

Dem muss entgegengesteuert werden, um das Sozialsystem auch für die nachfolgenden Generationen finanzierbar zu halten und sie auch noch in den Genuss eines guten Sozialsystems kommen können.

„Es ist Aufgabe der Gemeinschaft, für jene zu sorgen, die Unterstützung brauchen. Ein ausreichendes Arbeitslosengeld, eine gute Versorgung im Krankheitsfall und eine gute Pension nach einem anstrengenden Erwerbsleben sind das Ziel sozialer Absicherung“, erläutert FPÖ-Sozialsprecher Herbert Kickl die sozialpolitische Zielsetzung im Wirtschaftsprogramm der Freiheitlichen.

Effizienteres System

Die Freiheitlichen setzen sich für einen zukunftsorientierten und nachhaltig finanzierten Staat ein. Daher sollen die Ausgaben für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit mit maximal 55 Prozent der Gesamtausgaben des Staates begrenzt werden.



reicher und nicht mehr – wie unter Rot-Schwarz – Sozialamt für Wirtschaftsflüchtlinge aus aller Herren Länder.



POLITIK
ANALYSIERT

HC Strache
FPÖ-Bundesparteiobmann

Unserem Sozialsystem droht der Kollaps, wenn nicht entgegengesteuert wird. Das wollen wir nicht mit Leistungskürzungen für die Österreicher, sondern mit Maßnahmen zur Unterbindung der Einwanderung in das Sozialsystem.

Sozial und gerecht

SPÖ und ÖVP haben unser gut funktionierendes System, beginnend mit der Arbeitsmarktöffnung und zuletzt mit der Grenzöffnung für die Masseneinwanderung, an den Rand des Abgrunds gefahren.

Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung wurde geschaffen, um Österreichern einen entsprechenden Wiedereinstieg ins Arbeitsleben zu ermöglichen – aber keinesfalls, um eine Völkerwanderung zu finanzieren! Bereits die Hälfte der Bezieher dieser Sozialleistung sind Ausländer.

Geht es nach SPÖ, ÖVP und Grünen, dann soll Österreich weiter das Sozialamt für die gesamte Welt sein. Es darf aber nicht sein, dass die horrenden Kosten, die im Vorjahr auf knapp eine Milliarde Euro explodiert sind, von SPÖ und ÖVP weiter auf die Österreicher abgewälzt werden.

Kern und Kurz finanzieren damit den Lebensunterhalt jener Menschen, die bisher nicht einmal einen einzigen Cent in das System eingezahlt haben – und es auch in Zukunft nicht tun werden. Denn aufgrund fehlender Bildung haben sie keine Chance auf einen Arbeitsplatz in Österreich.

Das ist ungerecht gegenüber jenen unzähligen Österreichern, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben und jetzt kaum mehr an Pension erhalten, als diese Einwanderer an Sozialleistungen.

Wir Freiheitliche sind der einzige Garant, dass diese Fehlentwicklung korrigiert wird.

Zeit in fairem Sozialsystem

Explosion mit Reformen im Interesse der Österreicher stoppen

Um damit keine ungerechten Leistungskürzungen herbeizuführen, muss die Treffsicherheit des Sozialsystems in vielen maßgeblichen Bereichen deutlich verbessert werden. Etwa durch die von der FPÖ seit langem geforderte Wertanpassung bei Zahlungen von Familienleistungen ins Ausland.

Auch die durch die anhaltende Masseneinwanderung ausgelösten enormen Kosten für das Sozialsystem müssen eingedämmt und die gefährlich steigende Tendenz in diesem Bereich umgekehrt werden. 2018 werden nach jüngsten Schätzungen des Fiskalrates die Kosten für Migranten und Asylberechtigte bereits 2,7 Milliarden Euro betragen.

Sozialversicherungsträgern mit unterschiedlichen Beitrags- und Leistungssystemen und 30-fachem Verwaltungsaufwand beseitigt werden. „Ein oder zwei Versicherungsträger reichen völlig“, betont Kickl.

Schluss mit Pensionsprivilegien

Im Pensionssystem müssen die Probleme ehrlich aufgezeigt und nachhaltige Lösungen erarbeitet werden. Die staatlichen Zuschüsse zur ASVG-Pension werden bis 2021 von derzeit rund zehn Milliarden Euro auf 13,4 Milliarden ansteigen.

„Das Festhalten an ungerechten Pensionsprivilegien, Besserstellungen und Luxuspensionen in vielen Bereichen ist zu beenden“, zeigt Kickl hier auf. Die Pensionen der Bundesbeamten sind deutlich rascher an jene des ASVG anzupassen. Aktuell orientiert sich die ASVG-Pensionshöhe am Einkommen der vergangenen 40 Jahre, bei den Bundesbeamten an den letzten 17 Jahren. Zudem muss der Bund den Druck auf Länder, die das Pensionsrecht der Landesbeamten noch nicht geändert haben, erhöhen. Allen voran Wien: Hier dauert es sonst bis 2042 (!), bis der Durchrechnungszeitraum 40 Jahre beträgt.

Im Gesundheitswesen gilt es, die große Ineffizienz wie fehlende patientennahe Primärversorgung, zu hoher Anteil an stationärer Versorgung, zu hohe Bettenanzahl im EU-Vergleich, keine bundesweite Planung und Steuerung sowie unterschiedliche Leistungen und Kosten zu beseitigen.

Dazu sollte die ineffiziente Abwicklung des gesamten Systems mit mehr als 30 unterschiedlichen

FAIRES SOZIALSYSTEM

Mindestsicherung & „all-inclusive“ für Wirtschaftsflüchtlinge sind unfair





HOHES
HAUS

Norbert Nemeth
Clubdirektor der FPÖ

„oe24.at“ berichtete, dass neuer Zündstoff in die Debatte um die Flüchtlingsproblematik komme: Laut Budgetdienst des Parlaments seien die Leistungen der Republik mit zwei Milliarden Euro dafür höher als von der Regierung mit 1,7 Milliarden budgetiert.

Budgetbombe Asyl

Das ist eine erstaunliche Erkenntnis, zumal die Quelle eine völlig unverdächtige ist. Auf gut 70 Seiten listet der Budgetdienst des Parlamentes das finanzielle Desaster rund um die rot-schwarz-grüne „Willkommenspolitik“ auf. Was die Mainstream-Medien freilich verschweigen, ist die Tatsache, dass die Studie auf einer Anfrage unseres Klubmitgliedes Roman Haider vom 12. Oktober 2016 basiert.

Der Budgetsprecher der FPÖ hatte nämlich wissen wollen, wie hoch die Mehrausgaben auf Grund der Migrationswelle für alle staatlichen Ausgabenbereiche sind. Ebenso wurde nach den Kosten der Länder und Gemeinden und den Auswirkungen auf die Staatsverschuldung gefragt.

Die ernüchternden Antworten können auf der Homepage des Parlaments eingesehen werden. Jedem Mindestpensionisten und jeder alleinerziehenden Mutter wird dabei das aufgehen, was im Volksmund „das Geimpfte“ genannt wird. Penibel wird ausgeführt, dass die größten Kosten aus der Grundversorgung und der Mindestsicherung resultieren.

Bei einem Anstieg der Asylanträge allein im Jahre 2015 um 315 Prozent wahrlich kein Pappentitel. Die Studie des Budgetdienstes beweist einmal mehr, warum die FPÖ gewählt werden muss – sonst ändert sich nie etwas!

GESUNDHEITSPOLITIK

Lebensmittelsicherheitsbericht

Zum siebenten Mal hat das Gesundheitsressort dem Parlament einen Lebensmittelsicherheitsbericht vorgelegt, der auf 86 Seiten einen umfassenden Überblick über die erhobenen Daten gibt. Dabei gab es kaum negative Veränderungen gegenüber den Vorjahren. Die Beanstandungsquote bei den als gesundheitsschädlich eingestuften Proben lag mit 0,5 Prozent nur etwas höher als 2014 (0,3 Prozent). Die Zahl der beanstandeten Lebensmittelbetriebe sank.



GESUNDHEITSPOLITIK

Datenerhebung

Die statistische Erhebung anonymisierter Daten im Zusammenhang mit Schwangerschaftsabbrüchen fordern die Freiheitlichen in einem Entschließungsantrag. Damit sollen Präventionsmaßnahmen gezielter gesetzt und bessere Grundlagen zur Hilfe für die betroffene Frauen geschaffen werden.

Wieder lockt SPÖ mit dem „Alles-Gratis-Schmäh“

Nach der „Gratis-Zahnspange“ jetzt die „Gratis-Mundhygiene“

Die FPÖ ortet hinter SPÖ-Gesundheitsministerin Pamela Rendi-Wagners plötzlichem Engagement für die Kinderzahngesundheit eine Mogelpackung nach der „Methode Stöger“.

„Der ‚Gratis-Mundhygiene‘-Vorschlag etwa erinnert stark an die ‚Gratis-Zahnspange‘ ihres Vorgängers Alois Stöger, ein Mega-Wahlkampf schmäh, der für die meisten Betroffenen sogar eine Verschlechterung bei den Zuschüssen gebracht hat“, bemerkte FPÖ-Gesundheits-sprecherin Dagmar Belakowitsch zum neuen Angebot aus der „Wahlzuckerl-Abteilung“ der SPÖ.

Fehlende Fachärzte

Wäre die Sorge der SPÖ-Ministerin ernst gemeint, dann müsste



„Gratis-Mundhygiene“, wenn sich ein Facharzt findet.

sie den Beruf des Kassen-Hausarztes und Kassen-Facharztes attraktiver machen und das rot-schwarze „Primärversorgungsgesetz“ sofort schreddern, betonte Belakowitsch:

„Dieses jüngst beschlossene SPÖ-ÖVP-Machwerk zielt nämlich auf das Ende der wohnortnahen Versorgung durch den Kassenarzt des Vertrauens ab.“

Kern, Kurz, Gusenbauer und die Milliardäre

Mit „Holen Sie sich, was Ihnen zusteht“ sind SPÖ-Chef Kern und sein Einflüsterer Alfred Gusenbauer (Bild) in die Wahl gestartet. Der



Wahlspruch bekommt eine besondere Bedeutung, wenn man sich ansieht, welches Netzwerk Gusenbauer, Präsident des SPÖ-Bildungsinstitutes, gespannt hat.

Zentrale Figur ist der umstrittene Immobilienmilliardär Rene Benko, „der sein Imperium auf zweifelhaft Bekannte gründete“, wie das deutsche „Manager Magazin“ schrieb. Benko, von einer österreichischen RichterIn als „Musterfall für Korruption“ bezeichnet, hat sich Gusenbauers Dienste für seine Firma Signa gesichert. Gusenbauer war vorher schon mit dem israelischen „Dirty-Campaigning-Profi“ Tal Sil-

berstein geschäftlich verbunden. Ein Partner des Milliardärs Beny Steinmetz, der Benkos Firma mit hunderten Millionen Euro stützte. Beide wurden in Israel wegen Korruptionsverdacht verhaftet. Wer ist Direktor der betroffenen Bergbau-firma? Alfred Gusenbauer. Wer sitzt im Aufsichtsrat des Herrn Haselsteiner, der an Benkos Signa beteiligt ist und den Neos-Wahlkampf mitfinanziert, die Silberstein im Wiener Anti-FPÖ-Wahlkampf „kostenlos“ beraten hat? Alfred Gusenbauer. Benko ist auch ein enger Freund von ÖVP-Chef Kurz. Und wer beriet auch Kurz? Alfred Gusenbauer.



Einladung zum

FEST IM RATHAUS

MI., 6. SEPT. 2017

mit

JOHANN GUDENUS
VIZEBÜRGERMEISTER

HC STRACHE
BUNDESPARTEIOBMANN

DOMINIK NEPP
KLUBOBMANN

Musik

Michael Patrick Simoner

weltweit einzig, von Falcos
Mutter Maria Hölzel,
autorisierter Falco Darsteller



und **JOHN OTTI** LEBAND

Im Arkadenhof
des Wiener Rathauses
Beginn 18:00 Uhr
*** EINTRITT FREI ***

FPÖ (X) Sonst wird sich nie was ändern



Harald Vilimsky

Migration stoppen, nicht legalisieren

Der Pariser Migrationsgipfel hat angedeutet, wohin die Reise zur Steuerung der Einwanderungsströme aus Afrika geht. Das verheißt nichts Gutes. Aufhorchen ließ einmal mehr die deutsche Kanzlerin Merkel: Sie erklärte, dass sie offen für Einwanderer-Kontingente aus Afrika sei. Sie liegt, wie so oft, auf Linie der EU-Kommission, die legale Einreisemöglichkeiten und Umsiedlungsprogramme fordert.

Es kann nicht darum gehen, illegale Migration einfach durch legale Migration zu ersetzen. Es

muss darum gehen, Migration von Afrika nach Europa zu stoppen. Dort, wo tatsächlich Notlagen vorliegen, soll Europa auch Hilfe und Unterstützung leisten und etwa entsprechende Aufnahmezentren finanzieren.

Äußerst problematisch in diesem Zusammenhang wäre ein stets in die Diskussion gebrachtes EU-einheitliches Asylrecht, das die Kompetenzen für diese Materie den Mitgliedsstaaten entzieht. Dann könnten EU-Anlaufstellen in Afrika darüber entscheiden, wer Asyl bekommt – und in der Folge diese Menschen direkt von Afrika nach Europa transportieren, vielleicht noch in Kombination mit einer Zwangsaufteilung auf die EU-Staaten.

Angesichts der bisherigen Politik von EU und Merkel in Sachen Masseneinwanderung eine bedrückende Aussicht. Denn was wir sicher nicht brauchen, ist eine irrlichternde Merkel, die einmal mehr ohne Rücksicht auf die Folgen die Schleusen öffnet.

Wahlkampfposse um linksextreme Plattform

Nach den linksextremen Gewaltexzessen beim G-20-Gipfel in Hamburg hat der deutsche CDU-Innenminister Thomas de Maizière die linksextreme Internetplattform „Linksunten.indymedia“ abschalten lassen. Diese war gemäß Verfassungsschutz das wichtigste deutschsprachige Portal des gewaltbereiten Linksextremismus.

250 Polizisten hatten am Freitag vergangener Woche in Freiburg Räumlichkeiten von drei mutmaßlichen Betreibern der Internetseite durchsucht. Sie stellten dabei Computer und Festplatten, aber auch Messer, Schlagstöcke und Steinschleudern sicher, zu Festnahmen kam es jedoch nicht. Nach Informationen des Deutschlandfunks gehörten zu den Betreibern auch Journalisten, denen am G-20-Gipfel nachträglich die Akkreditierung entzogen worden war.

Kritiker werfen der deutschen Politik schon seit langem vor, gewaltbereite Gruppierungen aus dem linksextremen Spektrum zu

ignorieren, während sie gegen rechte mit voller Härte des Gesetzes vorgehe.

Obwohl der Verfassungsschutz die Plattform seit Jahren beobachtete, erklärte De Maizière die späte Entscheidung – vier Wochen vor der Bundestagswahl – damit, dass man erst die Betreiber der Plattform habe identifiziert müssen. Das Vorgehen der Politik ist aber fragwürdig, denn die Mutterplattform „indymedia“ ist weiterhin online.



Berlin jetzt gegen linke Gewalt?

Die Fortsetzung der ... mit milliardenteure

Berlin und Paris wollen den EU-Mitgliedern weiter



Deutschland und Frankreich wollen kein Ende der Masseneinwanderung an den ... lenken. Die sogenannten „Registrierungszentren“ in Nordafrika werden

Auf dem „kleinen Flüchtlingsgipfel“ am vergangenen Montag in Paris zeigte sich, dass Deutschland und Frankreich an der bisherigen Einwanderung nur ein wenig korrigierend eingreifen, diese aber nicht stoppen wollen – oder sich das nicht trauen. Die Regelung „Geld bei Mitarbeit“ für Afrikas Menschenexporteure hat aber bisher versagt.

Die Masseneinwanderung aus Afrika wird sich auch nach dem elitären Treffen in Paris, zu dem Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron, Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihre Amtskollegen aus Italien und Spanien, Paolo Gentiloni und Mariano Rajoy, sowie Vertreter aus den afrikanischen Migrations-Transitländern Libyen, Tschad und Niger geladen hatte, fortsetzen. Merkels Idee, sich das Wohlwollen der Afrikaner für Europas Interessen zu erkaufen, hat schon bisher nicht funktioniert – und wird es auch nach diesem Treffen, egal mit wie vielen Milliarden Euro Merkel & Co. die Kleptokratien Afrikas dazu verlocken wollen.

Weitere Milliarden für Afrika

Nach Angaben der europäischen Gipfelteilnehmer können die kooperierenden afrikanischen Länder mit „umfangreichen finanziellen Zuwendungen“ aus Europa rechnen. „Entwicklungshilfe ist auch ein Beitrag zur Bekämpfung von Fluchtursachen“, betonte Merkel trotz. Denn es könne nicht ange-

hen, dass die Wirtschaftsflüchtlinge von Menschenschleppern auf die lebensgefährliche Überfahrt des Mittelmeers gelockt werden. Der französische Präsident sprach gar von einer „pädagogischen Anstrengung“, die in der Realität eine Abschreckung sein soll.

Die Einrichtung von Registrierungszentren in der Sahelzone wird



Macron und Merkel wollen die Herrschaft mit Milliarden für ihre Flüchtlingspolitik

es falschen Weges en Korrekturen

re Flüchtlingsmassen aus Afrika aufzwingen



is Afrika, sondern diese mit Umsiedlungsprogrammen in „geordnete Bah-
n den Zug der Afrikaner nach Europa aber nur weiter anschwellen lassen.

den infolge der Bevölkerungszu-
nahme weiter anhaltenden Massen-
exodus nur weiter befeuern.

Direkte Umsiedlungen in EU?

Denn in diesen Zentren soll
künftig nach Kriterien des Flücht-
lingshilfswerks der UNO, dem
UNHCR, zwischen Wirtschafts-
flüchtlings und echten Flücht-
lingen unterschieden werden. Jenen
Bewerbern, die sich in besonde-
ren humanitären Notlagen befin-
den, sollen konkrete Ansiedlungs-
programme in Europa angeboten,
reine Wirtschaftsflüchtlinge hin-

gegen abgewiesen werden. In der
Abschlussklärung wird sogar
von einer „Notwendigkeit“ gespro-
chen, eine „Umsiedlung von beson-
ders gefährdeten Menschen zu
organisieren“. Die EU-Kommissi-
on treibt derartige Umsiedlungen
aus Nordafrika seit dem Juli vor-
an. Sie drängt die Mitgliedstaaten
dazu, Menschen aus Libyen, Ägypten,
Niger, Äthiopien und dem Sudan
aufzunehmen.

Sichere Jobs für Schlepper

Nicht einmal im Ansatz wurde
der Vorschlag von Migrations-
experten, den auch die FPÖ über-
nommen hat, nämlich grenznahe
Flüchtlingslager in Krisenregionen
einzurichten, von Macron und Mer-
kel übernommen. Sie haben sogar
dem UNHCR die Rolle des Fahr-
scheinverkäufers für die „siche-
re“ Reise nach Europa abgetreten.
Und was mit den abgewiesenen
Einwanderungswilligen passieren
soll, hat der Gipfel völlig offen ge-
lassen. Dass diese freiwillig in ihre
Heimat zurückkehren, ist nichts an-
deres als ein frommer Wunsch von
Merkel und Macron. Denn dieses
Vorgehen hat sich mit dem Liban-
on, Jordanien und der Türkei nur
sehr begrenzt als tauglich erwiesen,
aber umso erfolgreicher den Markt
für die Schlepper geöffnet.



her in den afrikanischen Transitstaaten
„kaufen“, wie zuvor die Türkei.

KURZ UND BÜNDIG



Schuldzuweisung

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker (Bild) äußerte sich erstmals kritisch zur Türkei: „Die Türkei entfernt sich mit Riesenschritten von Europa.“ Er warf dem türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan vor, den Europäern die Schuld für den Bruch mit der EU zuschieben zu wollen. „Die Frage ist, ob wir die Verhandlungen mit der Türkei beenden sollten“, sagte Juncker am Dienstag. Er verwies aber darauf, dass es derzeit ohnehin keine Gespräche mit Ankara gebe. „Ich verdächtige Erdogan (...), dass er gerne hätte, dass Europa sagt, dass es ein Ende der Verhandlungen will.“ – Aber zu diesem Schritt fehlt Brüssel bisher der Mut.

Polygamie legalisiert

Der deutsche Verwaltungsgerichtshof (VGH) in Mannheim hat die Polygamie für Moslems in Deutschland als mit den deutschen Gesetzen für vereinbar erklärt. Der Gerichtshof hat einem anerkannten syrischen Asylanten, der nach der Heirat mit einer Deutschen die deutsche Staatsbürgerschaft beantragt und erhalten hatte, jetzt auch die Rechtmäßigkeit der vorher geschlossenen Ehe mit seiner syrischen Cousine bestätigt. Die Stadt Karlsruhe wollte dem Neubürger die deutsche Staatsbürgerschaft aberkennen, da er bei der Beantragung derselben seine syrische Ehefrau verschwiegen hatte.



In Schweizer Moscheen wird Islamismus gefördert

In Ihrem neuen Buch „Islamistische Drehscheibe Schweiz“ beschreibt die aus Tunesien stammende Schweizer Islamkritikerin Saïda Keller-Messahli, dass die moslemische Gesellschaft in unserem Nachbarland organisiert von Islamisten unterwandert wird.

Die radikalen Imame brächten in den Moscheen, aber auch in den Gefängnissen salafistische Broschüren und Literatur unter die Gläubigen. Dieses Material stamme zumeist aus Saudi-Arabien, dem Kosovo, Mazedonien oder Bosnien und enthalte radikales Gedankengut. Ziel der aus dem Ausland finanzierten Aktion sei es, so Keller-Messahli, dass alle Moscheen in der Schweiz diese Version des Islams übernehmen sollten: „Ich sehe, dass viele Akteure nicht unabhängig agieren, sondern dass sie eingebunden sind in Organisationen, die sich außerhalb der Schweiz befinden. Das hat System.“

Als Organisator dieser Radikalisierung macht sie die „Islamische

Weltliga“ aus, eine offizielle Organisation, die von Saudi-Arabien aus geführt wird und der sich rund 55 islamische Staaten angeschlossen haben. Die Organisation arbeite eng mit der Moslembruderschaft und salafistischen Gruppierungen in mehr als 120 Ländern zusammen, warnt die Islamkritikerin: „Sie nutzt dafür die Strukturen der Moscheen und hilft darum auch mit, Moscheen zu bauen, weil sie über die Moscheen die Moslems erreicht und Macht ausüben kann.“



Salafisten werben in Moscheen.

TERMINE

31 **Wiens FPÖ-Spitze in der Donaustadt**

Die FPÖ Donaustadt lädt am Donnerstag, dem 31. August 2017, zu ihrem „Sommergespräch“ mit Vizebürgermeister Johann Gudenus und Klubobmann Dominik Nepp ins Gasthaus „Goldener Hirsch“ (Hirschstettner Straße 83, 1220 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

6 **Stammtisch der FPÖ Simmering**

Die FPÖ-Simmering lädt am Mittwoch, dem 6. September 2017, zu ihrem ersten Stammtisch nach der Sommerpause ins Gasthaus „Auszeitstüberl“ (Grillgasse 20, 1110 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

7 **Wien trifft Kärnten in der Donaustadt**

Die FPÖ Donaustadt lädt am Donnerstag, dem 7. September 2017, zum „Sommergespräch“ mit Martin Graf und Kärntens FPÖ-Chef Gernot Darmann ins Gasthaus „Goldener Hirsch“ (Hirschstettner Straße 83, 1220 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

9 **Grätzfest der FPÖ Simmering**



FPÖ SIMMERING

Einladung zum **Grätzfest**

Samstag, 9. September 2017
15.00 bis 19.00 Uhr

11er-Wiese
Fuchsröhrenstraße 40
mit Bezirksvorsteher KR Paul Johann Stadler
Sie alle sind herzlich willkommen!

Zur Unterhaltung bieten wir unter anderem:
Lunenburg - Kinderschinken - Livemusik
Für das leibliche Wohl ist bestens gesorgt.

Die FPÖ Simmering lädt am Samstag, dem 9. September 2017, zum „Grätzfest“ (Fuchsröhrenstraße 40, 1110 Wien). Beginn: 15.00 Uhr.

10 **Frühschoppen der FPÖ Riedau**

Die Innviertler FPÖ-Ortsgruppe Riedau lädt am Sonntag, dem 10. September 2017, zu ihrem „Hendfrühschoppen“ in den „Pramtalsaal“ (Schulplatz 134, 4752 Riedau). Beginn: 10.30 Uhr.

LESER AM WORT



Sozialleistungen an Illegale

Zigtausende Menschen leben illegal in Österreich. Wollen die dafür verantwortlichen Behörden nicht handeln, oder können sie es nicht? Auf meine Anfrage an die oberösterreichische Landesregierung wurde mir mitgeteilt, dass selbstverständlich auch illegal in Österreich lebende Menschen Sozialleistungen erhalten. Die Begründung grenzt an Frechheit: Um diese Menschen von Straftaten abzuhalten! Das soll ein Rechtsstaat sein? Täglich wird von Politikern Rechtsbruch begangen und kein Staatsanwalt schreit ein!

Helmut Speil, Linz



Wertlose EU-Werte

Welche Werte hat denn diese EU? Es sind wertlose Werte, nur Fassade und Scheinheiligkeit ohne Sicherheit. Die Zivilgemeinschaft wurde mit diesen „Wertevorgaben“ zu unmündigen, sprachlosen Bürgern umfunktioniert, kritisches Denken unerwünscht. Resümee

Christian Stafflinger, Linz

der Politiker samt Expertenköpfen nach jedem Islamistenanschlag: Wir „müssen“ uns mit dem Terror abfinden und gelassen bleiben. Unglaublich verantwortungslose Aussagen.

Alois Neudorfer, Vöcklabruck

Bald geht's wieder los

Es kann und wird nicht mehr lange dauern, bis sie aus der Deckung kommen: die Fans der offenen Grenzen, die überwiegend linkslastigen Medien, die selbsternannten „Gutmenschen“ und Willkommens-Klatscher, die ganzen Linksparteien, unser Kopftuch-Anhänger in der Hofburg, Haselsteiner, Gusenbauer und wahrscheinlich auch noch Erdogan, Merkel und Juncker. Sie alle werden wieder nichts Besseres zu tun haben, als gegen die FPÖ zu feuern und vor einer Regierungsbeteiligung der FPÖ zu warnen. Solche Verbal-Gewitter kosten mich eigentlich nur noch ein mitleidiges Lächeln. Wie es halt ist, wenn man mit der Realität der Gegenwart stets auf Augenhöhe ist, da kann man sowas gar nicht mehr ernst nehmen ...

Christian Stafflinger, Linz

Nur leere Ankündigungen?

Und wieder besetzen abgelehnte Asylwerber den Votivpark in Wien. Nun muss aber Schluss sein mit den

ewigen Erpressungen durch Illegale, bei denen der Staat bisher regelmäßig eingeknickt ist und den Erpressern nachgegeben hat. Jetzt hat die Regierung die Chance zu beweisen, ob sie ihre Ankündigungen ernst meint, oder ob wieder alles nur leere Wahlversprechen sind.

Stephan Pestischek, Strasshof



„Wut-Bauer“

Der EU-Bauer hat mit seinen Aussagen teilweise recht. Auch in Wien sieht man sehr viele „arme“ Asylanten, modisch gekleidet und mit neuen Smartphone und auf am Handgelenk auch noch eine schöne große Uhr. Es gibt auch etliche Asylanten, die sogar ein Auto besitzen und fleißig durch die Gegend fahren. Von wo diese Asylanten das Geld her haben, kann man sich nur denken, denn laut sagen darf man so etwas nicht, sonst steht man gleich vor Gericht.

Ernst Pitlik, Wien

Leserbriefe: redaktion.nfz@fpoe.at

Neue **Freie** Zeitung

BESTELLSCHHEIN

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel: 01 512 35 35 - 29, Fax: 01 512 35 35 - 9
E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):

Halbjahrespreis € 15,- Jahrespreis € 30,- Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-
 Auslandsjahresbezug € 73,- Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss. Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird. Bankverbindung: PSK, IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Bestellungen auch per E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Name: _____ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe*: _____
(Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: _____
(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: _____ Geburtsdatum: _____ Unterschrift: _____

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt**:

* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.
** Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

WIEN



Rückzug im Jänner 2018: Hält Häupl diesmal Wort?

Freiheitliche fordern Neuwahlen statt rotem Bürgermeisterwechsel

Sollte SPÖ-Bürgermeister Michael Häupl wirklich im Jänner 2018 zurücktreten, wie er jetzt angekündigt hat, dann wäre es ehrlicher, die Wiener entscheiden zu lassen, wer Bürgermeister wird, fordert FPÖ-Landesobmann HC Strache.

FPÖ-Obmann HC Strache und Wiens Vizebürgermeister Johann Gudenus sehen keinen Anlass, SPÖ-Bürgermeister Michael Häupl bei seinem für Anfang 2018 angekündigten Rücktritt auch nur eine Träne nachzuweinen.

Häupls Negativrekorde

Rekordschulden, Rekordarbeitslosigkeit, Masseneinwanderung, Kostenexplosion bei der Mindestsicherung, massive Steigerung der Gebühren sowie ein Chaos bei der Verkehrsplanung und im Gesundheitsbereich. „Das ist das Vermächtnis von Michael Häupl. Eine Politik, angesichts derer sich Bruno Kreisky im Grabe umdrehen würde“, erklärte HC Strache.



HC Strache und Johann Gudenus fordern Neuwahlen in Wien.

Häupls Rücktritt sei daher für die Wiener erfreulich und ein wahrer Segen, denn er eröffne die Chance auf eine positive Veränderung, sagte der FPÖ-Landeschef.

„Es wäre aber fair, wenn dann auch die Wiener am Wort wären. Ein fliegender Bürgermeisterwechsel ist nicht fair gegenüber der Bevölkerung. In Wien sollten Neuwahlen sichergestellt werden“, forderten HC Strache und Johann Gudenus.

Der FPÖ-Vizebürgermeister kritisierte die von Rot-Grün gelebte

„Willkommenskultur“, unter der die Wiener jetzt mit explodierender Kriminalität und Mindestsicherungskosten zu leiden hätten.

Zudem warnte er vor den sich abzeichnenden „No-Go-Areas“, die aufgrund der islamistischen Einwanderung im Entstehen seien. „Das ‚S‘ im Namen SPÖ steht jetzt nicht mehr für ‚Sozial‘, sondern für ‚Salafismus‘!“, kritisierte Gudenus und kündigte einen Sonderlandtag vor der Nationalratswahl an, in dem die FPÖ einen Neuwahlantrag stellen werde.

WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff



Es war ein recht bunter Abend in der Wohnung eines Freundes in der Neustiftgasse, die ja dank der Mahü der Frau V. zur Verkehrshölle geworden ist. Ich schlief also – seriös, wie ich bin – bei meinem Freund. Und die recht unruhige Nacht hab ich geträumt, ich sag Ihnen...

Die Reu wär' lang

Ein SPÖ-Plakat. Darauf stand doch tatsächlich – in meinem Traum – zu lesen: „Holen Sie sich, was Ihnen zusteht!“ Und ein anderes, türkisfarbenes Plakat zeigte einen Herrn Sebastian Kurz, aber nirgends fand ich, für welche Partei dieser Aushang werben sollte.

Nach dem Frühstück fuhr ich heim, und was sah ich? Genau diese Poster! Es war gar kein Alptraum!

Also zum ersten Plakat: werd ich mir holen. Jetzt brauch ich nur noch den Schlüssel zu meiner Bank. Und zum zweiten: Ich hab so den Verdacht, es handle sich meuchlings um die ÖVP. Aber wie sagte schon der prunkvoll auftretende Ludwig XIV. vor 300 Jahren in Versailles?

DER STAAT BIN ICH.

Der Bastl ist also der Staat, ÖVP ist passé, wird gschamig verschwiegen.

Aber genau da fällt mir ein anderes Zitat ein. Es ist von Schiller, vorher heißt's: Drum prüfe, wer sich ewig bindet, es stammt aus der „Glocke“ und sagt:

DER WAHN IST KURZ.



mit Bundesparteibobmann HC STRACHE

EINLADUNG zum SOMMERHEURIGEN

des Wiener Seniorenringes gemeinsam mit dem Ring Freiheitlicher Jugend

Montag, 4. September 2017, ab 16.00 Uhr
ACHTUNG: Einlass nicht vor 16.00 Uhr

HEURIGER „FEUERWEHR WAGNER“
Grinzinger Straße 53 - 1190 Wien



Auf Ihr Kommen freuen sich:

Johann HERZOG Obmann WSR LAbg. Maximilian KRAUSS gfl. Obmann RFJ

NIEDERÖSTERREICH **Borkenkäfer-Invasion**

Die heurigen Wetterbedingungen sorgen dafür, dass die Borkenkäferbelastung derzeit in den Wäldern außergewöhnlich stark ausfällt. Dementsprechend sind die Schäden für viele Waldbesitzer enorm. „Aus diesem Grund ist eine Soforthilfe für die Betroffenen unumgänglich, der Einheitswert muss um die Hälfte gesenkt werden. Auch langfristig sind Maßnahmen notwendig. Die Landwirte brauchen unsere Unterstützung!“, erklärte FPÖ-Klubobmann Gottfried Waldhäusl, der seine Forderungen auch im nächsten Landtag beantragen wird.

SALZBURG **Grenzkontrollen**

Die Forderung von ÖVP-Innenminister Sobotka nach mehr Fahrspuren für die Grenzkontrollen am Walsertal findet die Unterstützung der FPÖ. „Salzburg erstickt im Stauchaos. Grenzkontrollen sind notwendig, müssen aber praktikabler durchgeführt werden“, bemerkte FPÖ-Landesobfrau Marlene Svazek zur „späten Erkenntnis“ Sobotkas.



Foto: FPÖ Salzburg

TIROL **Bezirkstour in Schwaz**

Vergangenen Donnerstag tourte der FPÖ-Landesparteiobmann Markus Abwerzger gemeinsam mit dem Schwazer FPÖ-Bezirksobmann Christoph Steiner durch den Bezirk Schwaz. Grund dafür waren zahlreiche Gespräche mit Unternehmen, Wirtschaftstreibenden und Industriellen, um ein offenes Ohr für ihre Sorgen, Wünsche und Visionen für unser Land zu haben. Es wurden aber auch bezirksspezifische Themen besprochen. „Wir haben dabei viele Schnittmengen mit unserem Programm festgestellt. Beispielsweise wünscht sich jeder flexible Arbeitszeiten und die Senkung der Lohnnebenkosten sowie den Abbau des ‚Bürokratienschlingens‘ und ‚Amtsschimmels‘“, erklärte Abwerzger. Die nächste Station der freiheitlichen Bezirkstour wird der Bezirk Innsbruck-Land sein.

FPÖ lehnt rot-grün-schwarzen „Wahnsinns-Hunderter“ ab

Kärntner Freiheitliche fordern außerordentliche Regierungssitzung

Die Freiheitlichen in Kärnten lehnen das von der rot-grün-schwarzen Landesregierung geforderte Tempo-100-Limit entschieden ab.

In der aktuellen Diskussion um ein generelles Tempo-100-Limit auf der Wörtherseeautobahn für Pkw und ein Tempo-60-Limit für Lkw fordert der Kärntner FPÖ-Obmann Gernot Darmann heute von Landeshauptmann Peter Kaiser die Einberufung einer außerordentlichen Regierungssitzung und die Vorlage des von Grünen-Chef Rolf Holub in Auftrag gegebenen „Geheim-Gutachtens“. Es dürfe nicht sein, dass man hier weiter nach eigenem Gutdünken ein ganzes Land und alle Autofahrer sowie die Wirtschaft in Geiselschaft nehme.

Petition gegen Tempo 100

„Die Autofahrer sind bereits die Melkkühe der Nation. Normver-

KÄRNTEN 

Foto: ASP/FAZ

Mit „Geheimgutachten“ zu neuem Tempolimit auf der A2 in Kärnten?

brauchsabgabe, motorbezogene Versicherungssteuer, Mineralölsteuer, Vignette/Maut und Parkgebühren sind nur einige Beispiele dafür, was jeder Autofahrer heute bereits ‚blechen‘ muss. Die FPÖ lehnt diese Politik gegen die ei-

genen Bürger entscheiden ab!“, betonte Darmann. Er verweist dabei auf die „Petition gegen Tempo 100“ der FPÖ, welche bereits knapp 3.500 Menschen online oder bei Standl-Aktionen unterschrieben haben.

BURGENLAND **Wirtschafts-Aufschwung**

Die schon in der Halbjahresbilanz publizierten Erfolge der burgenländischen Wirtschaft werden nun auch im WIFO-Bericht zum 1. Quartal 2017 bestätigt: Generell ist in Österreich ein allgemeiner Aufschwung zu erkennen, wobei das Bundesland Burgenland immer einen der vordersten Plätze einnimmt.



Foto: NFZ

Petschnig: „WIFO bestätigt Richtigkeit unserer Investitionen.“

Vor allem im Bauwesen konnte das Burgenland stark zulegen und verzeichnet beim Produktionswert einen sprunghaften Anstieg von 34,2 Prozent. Auch in der Sachgütererzeugung gelingt im Burgenland mit 6,7 Prozent ein signifikantes Wachstum.

„Besonders erfreut bin ich über die breit gestreute Zunahme der Produktionsentwicklung, denn diese gleichmäßige Verteilung über alle Branchen hinweg garantiert ein hohes Maß an Stabilität im Aufschwung. Das Wachstum und die Beschäftigung im Burgenland sind nicht von einzelnen Playern oder Branchen abhängig, sondern stehen auf vielen starken Beinen. Das ist ausgesprochen positiv“, zeigte sich FPÖ-Wirtschaftslandesrat Alexander Petschnig erfreut. Im Windschatten der guten Konjunkturdaten gelang es auch, die Arbeitslosigkeit um 7,8 Prozent zu senken. Insbesondere die Jugendlichen konnten hierbei profitieren.

STEIERMARK 

Foto: NFZ

Verschärfung bei Einbürgerungen

In Österreich stieg in den vergangenen Jahren die Zahl der verliehenen Staatsbürgerschaften deutlich an. Auch in der Steiermark ist eine Zunahme von „Neo-Österreichern“ zu verzeichnen. Im Vergleichszeitraum zum Jahr 2016 fanden heuer schon um 21 Prozent mehr Einbürgerungen statt. „Die bestehende Gesetzeslage führt zu einer ausufernden Einbürgerungswelle. Deshalb muss das Staatsbürgerschaftsgesetz verschärft und jegliche Ausnahmeregelungen für Asylberechtigte umgehend gestrichen werden“, so der FPÖ-Landtagsabgeordnete Hannes Amesbauer.

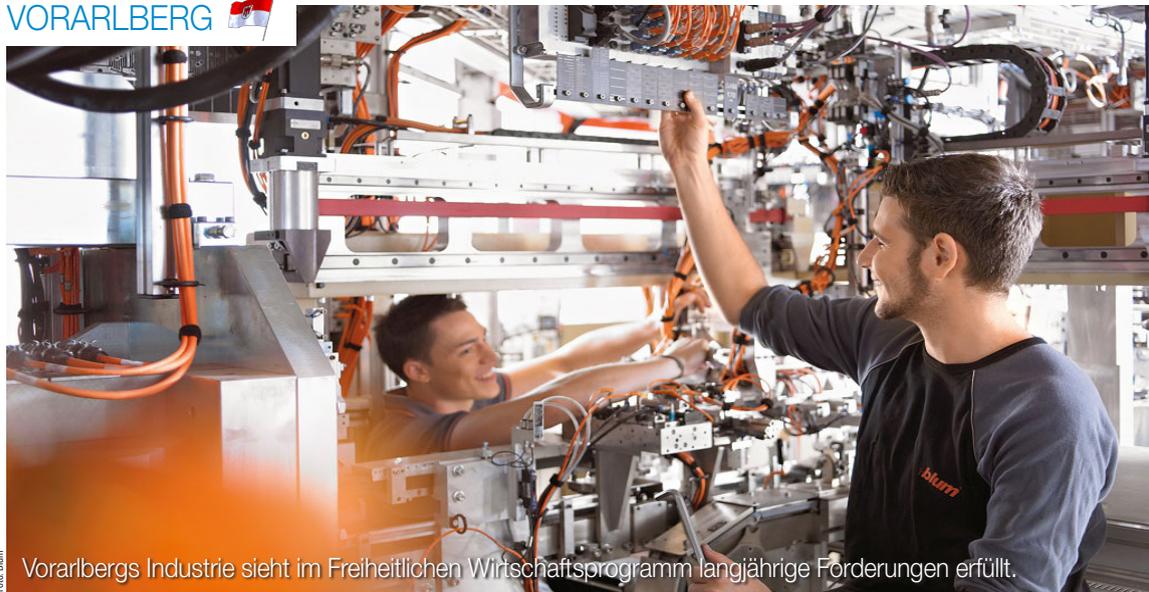
VORARLBERG 

Foto: Blum

Vorarlbergs Industrie sieht im Freiheitlichen Wirtschaftsprogramm langjährige Forderungen erfüllt.

FP-Wirtschaftsprogramm als Chance für Vorarlberg

Stärkung des Wirtschaftsstandortes als Basis für erfolgreiche Zukunft

Das Wirtschaftsprogramm der Freiheitlichen enthält genau die Punkte, die das Ländle dringend brauche: Fairness, Freiheit und Fortschritt.

In einer gemeinsamen Pressekonferenz haben Landesparteiobmann Reinhard Bösch, Abgeordneter Bernhard Themessl und der Landesobmann der Freiheitlichen Wirtschaft, Edi Fischer, das freiheitliche Wirtschaftsprogramm in Vorarlberg präsentiert.

„Das FPÖ-Programm gibt der Wirtschaft echte Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Es ist pra-

xistauglich, innovativ und berücksichtigt alle Anforderungen, die die neuen Arbeitswelten verlangen. Die Umsetzung würde nicht nur den Wirtschaftsstandort Vorarlberg stärken, sondern unser Land in eine stabile und wirtschaftlich erfolgreiche Zukunft führen“, betonte Bösch.

Ende der „Fairness-Krise“

Die rot-schwarze Bundesregierung habe das Land in vielen Bereichen heruntergewirtschaftet. Diese „Fairness-Krise“ gelte es jetzt endlich zu beenden. „Der Staat muss faire steuerliche

und rechtliche Rahmenbedingungen für die heimische Wirtschaft schaffen. Nur so können Unternehmen ohne die Last sinnloser Vorschriften und bürokratischer Hürden im internationalen Wettbewerb bestehen“, erklärte der Vorarlberger Landesparteiobmann.

Nun müsse alles daran gesetzt werden, dass dieses Programm der Freiheitlichen auch umgesetzt und endlich Fairness im Land geschaffen werde. „Dieser Kraftakt kann aber nur mit einer starken FPÖ gelingen“, zeigten sich die FPÖ-Vertreter zuversichtlich über die Unterstützung dafür in Vorarlberg.

Westring: Baustart 2018

Das Bundesverwaltungsgericht gab nun grünes Licht: Der Bau für den Linzer Westring (A 26) kann nach neun Jahren der Umweltverträglichkeitsprüfung im Herbst 2018 gestartet werden. Die erste Etappe soll für den Verkehr voraussichtlich 2022 freigegeben werden. Mit der A 26 entsteht eine leistungsfähige Straßenverbindung zwischen der A7 Mühlkreisautobahn beim Knoten Hummelhof und der B127 Rohrbacherstraße. Die Strecke ist rund 4,7 Kilometer lang, und fast vier Kilometer ver-

laufen umwelt- und anrainerschonend unterirdisch in einem Tunnel.

Besonders erfreut zeigt sich der freiheitliche Infrastrukturlandesrat Günther Steinkellner: „Mit dem Westring erhält Linz endlich eine zusätzliche Donauquerung. Das Projekt wird eindeutig zur Entlastung der Verkehrssituation in Linz beitragen und hat daher eine große Bedeutung für die Wirtschaft und unsere Bürger.“ Zudem werde der Westring eine Verkehrsentslastung und somit weniger Staus mit sich bringen.

OBERÖSTERREICH 

Foto: Andreas Müllner/epifoto.at

Steinkellner: Endlich Baubeginn der Entlastungsstrecke für Linz.

LÄNDER-
SACHE

Reinhard Bösch

FPÖ-Landesparteiobmann Vorarlberg

„Fairness. Freiheit. Fortschritt.“ Unter diesem Motto steht das neue freiheitliche Wirtschaftsprogramm. Bei uns in Vorarlberg wurde dieses von Seiten der Wirtschaft sehr positiv bewertet.

So hat etwa niemand geringerer als der Präsident der Industriellenvereinigung Vorarlberg dem freiheitlichen Wirtschaftsprogramm via Presseaussendung ein Kompliment ausgesprochen. Es beinhalte wesentliche Verbesserungen, die die Unternehmen seit Jahren einforderten. Eine im Schwarz-Grün regierten Vorarlberg doch bemerkenswerte Zustimmung, über die sich wohl auch Landeshauptmann Wallner (ÖVP) Gedanken machen sollte.

Ende des Stillstands

Nicht mehr zu überhören sind nämlich die sich mehrenden Stimmen, die Wallners Koalitionsentscheidung zugunsten der grünen Belastungs- und Verbotspartei mittlerweile sehr kritisch sehen.

Wirtschaftsfeindliche Haltungen, ob im Bereich des Verkehrs oder der Raumplanung, aber auch die erst jüngst durch die Grüne Landesrätin wieder erhobene Forderung nach der Einführung einer Vermögenssteuer haben vielen Unternehmern in Vorarlberg längst die Augen geöffnet.

Wir haben die Aufgabe, bis zum 15. Oktober noch möglichst vielen Menschen die Augen zu öffnen. Sowohl die rot-schwarze Bundesregierung, als auch die schwarz-grüne Landesregierung haben in unserem Land eine „Fairness-Krise“ ausgelöst. Nur mit einer starken FPÖ in Regierungsverantwortung wird es eine echte Veränderung und Fairness für die Österreicher geben!

GEZWITSCHER



HeimoP

@HeimoProbst



Wie kommt es, dass keine Tageszeitung nach dem #Integrationsbericht den #Kurz wegen seiner schlechten 7-jährigen Integrationspolitik kritisiert?

23.08.17 09:50

Weil sie bei der Zuwanderung politisch korrekt einknicken und sie vor Kurz auf dem Bauch kriechen, um die FPÖ zu verhindern.

Sonja M. Lauterbach

@SolautSonja



Ein Minister, der öffentlich über sein Versagen spricht, hat im Parlament und schon gar nichts in einer Regierung verloren.

#Kurz

23.08.17 09:23

Stimmt, aber das ist die Masche von Kurz & Kern: Sie versprechen nur dauernd Besserung.

WHATSAPP



FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

Nur wer FPÖ wählt, stoppt Rot-Schwarz!



WWW.FPOE.AT

GEFÄLLT MIR



HC Strache

28.08.2017

Wie unfair ist doch dieses rot-schwarze System!



927 € Pension: Jetzt zu "reich" für Ermäßigungen! Diese Pensionserhöhung brachte für die 69-jährige Anna V. vor allem eines: Weniger Geld! Zwar bekommt die Rentnerin aus Wien jetzt mehr aufs Konto...

849 Personen gefällt das.

Und den Gipfel setzt die rot-grüne Stadtregierung in Wien drauf: Gratis-Öffis für Asylwerber, aber nicht mehr für viele Pensionisten nach der letzten „Pensionserhöhung“.

Rupprechter setzt sich mit Hochglanzmagazin selbst ins Bild

ÖVP-Agrarminister versorgt mit 300.000-Euro-Magazin die Partei

Ausgerechnet heuer startete das Landwirtschaftsministerium eine Hochglanzbrochure mit ÖVP-Minister **André Rupprechter** als Hauptdarsteller.

ÖVP-Landwirtschaftsminister André Rupprechter lässt ausgerechnet für 2017 und 2018 von seinem Ministerium viermal im Jahr das Hochglanzmagazin „Landreport“ herausgeben. Schließlich galt vor dem vorzeitigen Koalitionsende im Mai das heurige Jahr noch als Vorwahljahr und erst 2018 als echtes Wahljahr.

In der jüngsten Ausgabe des Magazins ist der Minister selbst gleich bescheidene 20 Mal abgebildet. Dazu werden auch noch namhafte ÖVP-Politiker wie Niederösterreichs Alt-Landeshauptmann Erwin



Ein Magazin, exklusiv für die Partei des Agrarministers?

Pröll, seine Nachfolgerin Johanna Mikl-Leitner und natürlich auch der neue ÖVP-Chef und Außenminister Sebastian Kurz mit Geschichten und Bildern in Szene gesetzt.

Geld für die ÖVP-Familie

Finanziert wird das Magazin mit 300.000 Euro vom Landwirtschaftsministerium, also vom

Steuerzahler, und fließt – erraten – in erfahrene ÖVP-Hände: Generalunternehmer für die Produktion ist laut Angaben von Minister Rupprechter – natürlich als Billigst- und Bestbieter – der Österreichische Agrarverlag. Er gehört über eine Treuhandkonstruktion dem niederösterreichischen ÖVP-Bauernbund.

FPÖ IN DEN MEDIEN

Die Medien haben sich über den „neuen Stil“ der FPÖ im Wahlkampf gewundert und das „brachiale“ vermisst. Jetzt hat die „KronenZeitung“ herausgefunden, dass die FPÖ in ihren neuen Videos thematisch zu HC Straches „Lieblingsthema“, Sicherheit, Heimat

und Migration, zurückgefunden hat. Auch wenn sie das Thema „auf Samtpfoten“ angehe. Dass die FPÖ ihre Wahlhalte „häppchenweise“ serviere wie Sebastian Kurz ist allerdings eine Mär. Die FPÖ hat schon ein Wahlprogramm vorgelegt – Kurz noch immer nicht.

Laut „Österreich“ wird die FPÖ mit ihrer Neu-



wahlforderung in Wien bei der SPÖ abblitzen. Denn nach dem Abgang von SPÖ-Bürgermeister Michael Häupl im kommenden Jahr wäre ein Bürgermeister HC Strache bei Neuwahlen 2018 wohl kaum zu verhindern.

+++ Bücherservice +++ Bücherservice +++ Bücherservice +++ Bücherservice +++ Bücherservice +++

INFO - KOMPAKT
Die Freiheitliche Partei Österreichs

Als politisch interessierter Bürger stößt man unweigerlich auf unterschiedliche Fragen zur Organisation und zum Programm der FPÖ. Beispiele sind:

- Wie hat sich die FPÖ historisch entwickelt?
- Wie ist die FPÖ organisatorisch aufgebaut?
- Wie gliedert sich die Partei auf Bundes- und Landesebene?
- Welche Gremien entscheiden in der FPÖ worüber?
- Was sind die Kernpunkte des freiheitlichen Parteiprogramms?
- Wohin kann ich mich auf Bundes-, Landesebene wenden?

Diese und ähnliche Fragen versucht die vorliegende Broschüre knapp und übersichtlich – kurzum: kompakt – zu beantworten. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf leichter Verständlichkeit und grafischer Anschaulichkeit.

GRATIS zu beziehen über das FPÖ-Bildungsinstitut:
Friedrich Schmidt Platz 4, 1080 Wien
Telefonisch unter 01/512 35 35-36 oder per Mail: bildungsinstitut@fpoe.at

Mit Ihrer Bestellung erklären Sie sich einverstanden, künftig über Aktivitäten und Neuerscheinungen der FPÖ und des FPÖ-Bildungsinstitutes informiert zu werden.






Einladung zum Wahlauftakt

Freitag, 1. September 2017
Lugner City · 1150 Wien
Beginn: 16.00 Uhr

ab 16.00 Uhr: John Otti Band
ab 17.30 Uhr: HC Strache



Einladung zum Landeswahlauftakt

mit HC Strache, Mario Kunasek & Hannes Amesbauer

Samstag, 2. September 2017
Hauptplatz Leoben
ab 11:00 Uhr

Mit Livemusik und
Gratisjause



EINLADUNG ZUM

St. Georgener

FRÜHSCHOPPEN

Sonntag, 03. September 2017

Wahlkampfauftakt mit

HC STRACHE

Norbert HOFER

Johann TSCHÜRTZ

Beginn: 10:00 Uhr

St. Georgen, Brunnengasse

(vor dem GH Wimmer)

Die Veranstaltung findet bei jedem Wetter statt.
Für Essen und Getränke ist bestens gesorgt!

► Livestreams

DER WOCHE



FREITAG

1.
Sept.

Wahlauftakt Wien:
Livestream Beginn:
ca. 17:20 Uhr

SONNTAG

3.
Sept.

Wahlauftakt Burgenland:
Livestream Beginn:
ca. 10:30 Uhr

auf www.fpoe.at und [f/hcstrache](https://www.facebook.com/hcstrache)



FPO DIE SOZIALE
HEIMATPARTEI



Einladung zum Bundeswahlauftakt

Samstag, 16. September 2017
Wels - Messeplatz 1 - Halle 21
Beginn: 9.30 Uhr

- 9.30 Uhr:** Musik mit der John Otti Band
- 10.30 Uhr:** Rede Manfred Haimbuchner
- 10.40 Uhr:** Präsentation Kandidatenteam
- 11.00 Uhr:** Rede HC Strache